

Homburger Neueste Nachrichten

Anzeiger für Bad Homburg v. d. G. und Umgebung

Abonnement: Monatsabonnement R. 1.75 einschließlich
Einschreibungs- und Postgebühren. Erscheint täglich werktags.

Samstags-Post—Homburger Lokalblatt

Telefon 2707

Geschäftsstelle und Redaktion: Bad Homburg v. d. G., Luitpoldstraße 26

Anzeigenpreise: Die sechsgehaltene 45 mm breite Anzeilenzeile kostet 15 Bfg., auswärts 20 Bfg., im Retraum 22 mm breit 60 Bfg. — Die Einzelnummer 10 Bfg.
Postfachkonto: Frankfurt am Main 39864.

Nr. 273

Freitag, den 21. November 1930.

5. Jahrgang.

Reichsetat und Finanzreform im Reichsrat

Reichskanzler Brüning führt den Vorsitz. — Der Bericht des Ministerialdirektors Dr. Brecht. — Dr. Held erhebt Einspruch gegen die „Reichsanierung“. — Die Vorlagen meistens angenommen. Der Dank des Kanzlers. — Eine große außenpolitische Rede des Reichsaußenministers Dr. Curtius.

Berlin, 20. November.

Die öffentliche Sitzung, in der das Plenum des Reichsrates zum ersten und zu den Finanzreformvorlagen der Regierung Stellung nahm, fand wiederum, wie schon die erste Lesung dieser Vorlagen, im großen Sitzungssaal des Reichstages unter dem Vorsitz des Reichskanzlers Dr. Brüning statt. Reichsfinanzminister Dietrich war ebenfalls anwesend, ebenso Reichsaußenminister Dr. Curtius und Reichswehrminister Gröner und die Ministerialdirektoren Dr. Braun und Dr. Held.

Als Generalberichterstatter für das Haushaltsgesetz und die einzelnen Haushaltsnachteile nahm das Wort der preussische Ministerialdirektor Dr. Brecht.

Er betonte, daß die schnelle Erledigung des Etats große Bedeutung für die wirtschaftliche Gesundung habe, und hob hervor, daß die Reichsregierung bereits zahlreichen Wünschen des Reichsrates nachgegeben habe. Ferner habe die Reichsregierung einige vom Reichsrat gewünschte finanztechnische Stützungsmaßnahmen angewandt. Die gesamten Nettoausgaben gingen gegen 1930 um 1314,4 Mill. M. zurück auf 10302,8 Mill. Von der Minderausgabe von fast 10 Milliarden, die eine außerordentliche Leistung darstelle, kämen 4 Milliarden auf Gehaltskürzungen beim Reich und 406 Millionen auf Kürzungen der Ueberschüsse an die Länder, von denen wiederum 1,5 Milliarden auf Gehaltskürzungen fielen. Die Erhöhung des Budgets zur Arbeitslosenfürsorge habe eine Verminderung der Gehaltskürzungen um 265 Mill. ergeben. Abgestrichen seien auch 1,5 Mill. Beihilfe für die Grenzgebiete. Die persönlichen Kosten seien in ihrem höchsten Stande im Jahre 1928 mit 2766 Mill. für 1931 auf 2527 Mill. zurückgegangen. Dazu kämen bei der Reichspost 1,5 Mill. bei der Reichsbahn 82, bei Ländern und Gemeinden 270, insamt gegen 1930 allein rund 580 Mill. Personalkosten weniger, von 478 infolge der Gehaltskürzungen. Als Grenzbeihilfe für den Reichslandwirtschaftlichen Fonds 107 Mill. abgestrichen, weitere 50 Mill. sollten aus der Industriebeihilfe verwendet werden. Während der Entwurf für den Westen angesichts der Notlage einen Verzicht empfahl, hätten die Ausschüsse fünf Millionen für den Westen im ordentlichen und zehn Millionen im außerordentlichen Etat eingesetzt.

Die Renten für die Kriegsteilnehmer blieben ungefähr in gleicher Höhe. Der Reichsrat habe fünf Millionen Abstrich an den Kosten der Verwaltung beschlossen und wünsche ihre Verbindung mit den anderen Verwaltungen. Ebenso seien auf Antrag Preußens fünf Millionen bei der Finanzverwaltung abgestrichen worden mit Rücksicht auf die angestrebte Vereinfachung. Für die Wehrmacht seien 15,5 rund 22,5 Mill. weniger als voriges Jahr, angefordert worden. 15,9 Mill. des Unterschiedes kämen auf Gehaltskürzungen von 1,5 Mill. auf Erhöhung der Einnahmen vor allem durch Verwertung

alter Kriegsschiffe, so daß jährlich 3,3 Mill. mehr als 1930 eingelegt seien. Angesichts der Anforderung der ersten Rate für ein Panzerschiff („Graf Zeppelin“) und des weiteren Bauprogramms hätten die Ausschüsse anerkannt, daß die überalterten Linienschiffe ersetzt werden müssen, wenn nicht die Demontage ersparlos von ihnen her untergenommen werden müßte. Die Ausschüsse hätten aber zum Ausdruck gebracht, daß das Programm nur „als Anhalt“ mitgeteilt werde. Der preussische Antrag, bei Heer und Marine weitere je zehn Mill. M. für 1931 mit Rücksicht auf die allgemeine Notlage pauschal abzusehen, was auch mit der Preissteigerung für die Rohstoffe begründet war, sei in den Ausschüssen mit erheblicher Mehrheit abgelehnt. Für die Arbeitslosenversicherung würden 1931 keine Reichsbeiträge eingelegt, weil nach der 64prozentigen Versicherungsbeiträge für das ganze Jahr gezahlt werden sollen. Der dadurch entstehende Betrag von 2116 Millionen würde für die gleiche Zahl von Arbeitslosen reichen wie 1930.

Bei den kulturellen Ausgaben des Reiches, die von 35,4 Mill. 1930 auf 30,3 Mill. gesenkt seien, hätten die Ausschüsse einige Stützungen gemildert, so zugunsten der Erziehungsbeihilfen, wo sie statt 570 000 nur 270 000 M. streichen wollten.

Bei den Einnahmen sei die Schätzung der Steuern und Zölle mit insgesamt 9791,6 Mill. (gegen das Vorjahr ein Weniger von 1131 Mill.) zu hoch, falls die schlechte Wirtschaftslage voll andauere. Nach Ansicht der Reichsratsausschüsse müßte man einige hundert Millionen weniger ansetzen. Die höhere Schätzung der Regierung gehe davon aus, daß 1931 die Wirtschaftslage sich fühlbar verbessere.

Reichskanzler Dr. Brüning

nahm dann das Wort, um im Namen der Reichsregierung dem Reichsrat zu danken für die außerordentlich schnelle, hingebende und sachlich äußerst wertvolle Arbeit. Der Reichsrat hat gezeigt, daß auch eine sehr schwere und weittragende Gesetzesmaterie in verhältnismäßig kurzer Zeit erledigt werden kann. Wir sind uns klar darüber, daß mit dem Abschluß dieser Vorlagen die Aufgaben dieser schweren Zeit noch nicht erledigt sind, sondern daß danach sofort neue Maßnahmen in Angriff genommen werden müssen. Wir erwarten, daß entsprechend dem ausgezeichneten Vorbild, das der Reichsrat gegeben hat, die hier verabschiedeten Vorlagen in kürzester Zeit Gesetzeskraft erhalten.

Das ist notwendig zur Sicherung des Vertrauens, zur Sicherung unserer Finanzen, aber auch, um überhaupt einer Grundlage für unsere Außenpolitik zu bekommen. Meine letzten Ausführungen an dieser Stelle sind vielfach mißverstanden worden. Die Reichsregierung denkt nicht daran, die Ziele und Wege der Außenpolitik bittieren zu lassen von innerpolitischen Tagesbedürfnissen oder tat-

stischen Rücksichten in innerpolitischer Beziehung. Der Weg, den die Außenpolitik der jetzigen Reichsregierung zu gehen hat, wird von ihr gegangen, ohne Rücksicht auf Tagesmeinungen oder innerpolitische Agitationsbedürfnisse.

Dem Wunsch des Reichsrates entsprechend wird jetzt, ohne daß sich eine Diskussion daran schließt, der Reichsaußenminister das Wort nehmen.

Rede des Außenministers Dr. Curtius.

Reichsaußenminister Dr. Curtius ging zunächst ein auf die Verhandlungen mit Litauen über die Memellautonomie und die Auseinandersetzung mit der Tschechoslowakei über die Demonstrationen in Prag.

Zu seinem Hauptthema übergehend erklärte der Reichsaußenminister u. a.:

Es gilt, der Tatsache ins Auge zu sehen, daß niemand von uns heute wissen kann, ob wir mit den Maßnahmen, die Ordnung in unserem Haus schaffen wollen, auskommen werden, wenn wir auch internationale Schritte tun müssen, die in den Verträgen zum Schutze unserer Wirtschaft und Währung vorgegeben sind. Man wird im Ausland Verständnis dafür erwarten dürfen, daß die Reichsregierung nach Durchsetzung ihres Wirtschaft- und Finanzplans sich fortlaufend die Frage vorzulegen hat, ob sie nicht auch zu jenen Schutzmitteln greifen muß.

Es ist völlig abwegig, wenn von gewissen Seiten im Auslande in solcher Haltung der Reichsregierung ein Infragestellen der deutschen Unterstellung gesehen wird. Wir werden den neuen Plan nicht zerreißen, den Vertragshoden nicht verlassen, wir haben aber keine Garantie für die Durchführbarkeit des Plans gegeben.

Auf die Einzelheiten der Abrüstungsfrage, die zur Zeit in Genf zur Erörterung stehen, will ich hier nicht näher eingehen. Dagegen erlaube ich mir geboten, hier gewissen Äußerungen entgegenzutreten, die wir vor wenigen Tagen aus dem Munde des Chefs der französischen Regierung gehört haben. Während wir in der Abrüstungsfrage folgerichtig und beharrlich die gleiche Linie eingehalten und hierbei in wachsender Maße Zustimmung sowie Unterstützung anderer Länder erfahren haben, beschließt sich annehmend die französische Regierung, eine völlige Ausrüstungsänderung vorzunehmen.

Sie verläßt nach den Worten ihres Chefs den Boden, der seit 1919 die Grundlage aller Abrüstungsverhandlungen gewesen ist. Nur ein spontaner Wunsch der Sieger gegenüberstände? Der französische Seite gesagt wird, daß von einem vertraglichen Recht Deutschlands auf eine allgemeine Abrüstung nicht die Rede sein könne, daß vielmehr der den Besiegten auferlegten Verpflichtung nur ein spontaner Wunsch der Sieger gegenüberstehe? Der französische Ministerpräsident ist ein zu guter Kenner des Vertrages von Versailles, als daß ihm nicht die Bestimmungen bekannt sein sollten, die das ganze Kapitel über die Entwaffnung Deutschlands einseitigen. Er ist auch ein zu guter Kenner der Verfallener Vorgänge, als daß er nicht wissen sollte, wie in Uebereinstimmung mit dieser Einstellung, das Ultimatum der alliierten und assoziierten Mächte den Zweck der Entwaffnung Deutschlands festsetzte.

Es steht deutlich und in bindender Form, daß der Zweck der deutschen Entwaffnung die Herbeiführung der allgemeinen Abrüstung ist.

Wenn nicht, müßte man, bei Aufrechterhaltung der Realsteuerentfaltung, die Vermögensreserven weiter angreifen oder die Umsatzsteuer erhöhen, was zugleich die natürliche Vesperung gefährden würde. Die Ausschüsse hätten bei der Vermögenssteuer 12 Mill. abgestrichen und den neuen Betrag bei den ordentlichen Ausgaben gestrichen. Im Interesse der Kommunen verlangten die Ausschüsse als dringende Aufgabe die Neuordnung des Finanzausgleichs. Ferner legte der Redner namens der Ausschüsse eine Entschließung vor, die u. a. forderte: Umgestaltung der Versorgungsverwaltung mit dem Ziele der Vereinigung mit anderen Verwaltungen und besondere Fühlungnahme mit dem Reichsrat über die bei Verkleinerung großer Verwaltungen sich ergebende Frage einer schonenden Behandlung der Beamten und Angestellten.

Dr. Held (Bayern) gab eine Erklärung ab, in der zunächst hingewiesen wird auf die katastrophale Entwicklung der deutschen Wirtschaftslage und der öffentlichen Finanzen. Die Ursache liege nicht nur in dem verlorenen Krieg, sondern auch in verkehrten Steuerentfaltungsmethoden der jüngsten Vergangenheit und in einer über das Maß des Möglichen hinausgehenden öffentlichen Ausgabenwirtschaft. Die Sanierung der Reichsfinanzen sei unter diesen Umständen dringend notwendig gewesen. Die vorliegenden Maßnahmen machten aber den Eindruck, als ob hier die Reichsanierung auf Kosten der Länder und Gemeinden gemacht werden soll. Es handele sich bei fast allen Maßnahmen um Eingriffe in die Hoheitsrechte der Länder und um Gesetze mit verfassungsänderndem Charakter.

Es handele sich geradezu um ein Reichsblutbad, eine Reichsbevormundung, eine Reichsgesundung über Länder und Gemeinden. Es entspreche der Eindruck, als sollte damit eine Reichsreform eingeleitet werden, die für Länder und Gemeinden unerträglich wäre. Wenn der

Der preussische Staatshaushalt.

141.1 Millionen Mark Fehlbetrag. — Die Steuern bereits überspannt. — Auch für Preußen Gehaltskürzung. — 439.6 Millionen Mark Staatszuschüsse für die Volksschulen.

Fast 4 Milliarden Einnahmen und Ausgaben.

Der preussische Haushaltsplan für 1931 balanciert in Einnahmen und Ausgaben mit einem Betrage von 3972 694 910 M. Einnahmen und Ausgaben sind damit um 384 264 110 M. geringer als die entsprechenden Summen des Etats für 1930.

Im einzelnen werden für das kommende Haushaltsjahr die Einnahmen auf 3 778,7, die einmaligen Einnahmen auf 194 Millionen Mark angesetzt, die dauernden Ausgaben auf 3 972,9 und die einmaligen Ausgaben auf 278,8 Millionen M.

Große Abstriche an den Ausgaben.

Die Ersparnis ist bei den persönlichen und sächlichen Ausgaben wegen der Finanznot des Staates in sehr erheblichem Maße durchgeführt worden. In eingehenden Ausführungen hat der Etat dar, daß die Einnahmen des Staates sich durch geringere Ueberschüsse an Reichssteuern, geringere Aufkommen an Landessteuern wegen der schwierigen Wirtschaftslage und die geplante Senkung der Realsteuern erheblich vermindern werden.

während andererseits wegen der zu erwartenden Steigerung der Wohlfahrtskosten bei den Gemeinden der Ausgabenbedarf etwas höherer sein müßte. Es habe sich nach Durchführung der Abstriche schließlich darum gehandelt, einen Fehlbetrag von 141,1 Millionen Mark zu decken.

Es gebe nur einen einzigen Weg, die Festigkeit der Staatsfinanzen zu gewährleisten, nämlich den, den Umfang der zu leistenden Ausgaben nach den zur Verfügung stehenden Deckungsmitteln zu bemessen. Die Steuern könnten nicht weiter angespannt werden, weil sie bereits überspannt seien.

Den Fehlbetrag habe man wie folgt gedeckt: 82,4 Mill. aus der sechsprozentigen Gehaltskürzung der Beamten einschl. der Kürzung der Diäten und der Ministergehälter, 17,1 Mill. aus Abstrichen bei den Geschäftsbedürfnissen und anderen sächlichen Ausgaben der Verwaltung, 40 Mill. durch Kürzung der einmaligen Ausgaben, wobei vor allem Bauten usw. betroffen werden, etwas über 1 Million durch Kürzung der für persönliche Ausgaben bestimmten Unterhaltungszuschüsse an nichtstaatliche Körperschaften.

An sächlichen Ausgaben verblieben u. a. im Kultusetat für Zwecke der Universitäten 8,1, der Technischen Hochschulen 1,3 und sonstiger wissenschaftlicher Anstalten ebenfalls 1,3 Mill. Die Staatszuschüsse zu den Volksschulunterhaltungskosten werden mit 439,6, die für die evangelischen, katholischen und Synagogengemeinden mit 71,9 Mill. angegeben. Bei der beabsichtigten Senkung der Hauszinssteuer um 3 Prozent für 1931 blieben an Neubausmitteln nur noch 291 Mill.

Die Absicht des Reiches, für 1932 den Ländern die Einnahmen aus der Belastung von Bier und Brauwein zu geben und dafür ihre Beteiligung an der Einkommen- und Körperschaftsteuer herabzusetzen, stoße auf den einmütigen Widerstand der Länder.

Reichsrat sich dennoch zur Zustimmung entschlossen habe, so war dafür bestimmend, daß eine unmittelbare Lebensgefahr besteht, nicht nur für das Reich, sondern auch für die Länder und Gemeinden, die daher ein solidarisches Interesse mit dem Reich an der schnellen Sanierung haben.

Aus der Zustimmung zu den jetzt vorgelegten Sanierungsmassnahmen dürfen keine Folgerungen für die Zukunft gezogen werden. Reichsfinanzminister Dietrich erwiderte, die Reichsregierung habe den unvermeidlichen Eingriff in die Hoheitsrechte der Länder auf ein Mindestmaß reduziert. Sie wolle nicht den Ländern hineinregieren, aber es sei notwendig, die Sparpolitik nicht nur beim Reich, sondern auch bei den Ländern und vor allem bei den Gemeinden durchzuführen. Das Ziel sei, die Gemeinden nicht nur für die Ausgaben, sondern auch für die Einnahmen verantwortlich zu machen.

Beim Haushalt des Reichsinnenministeriums beantragte für die preußische Staatsregierung Staatssekretär Dr. Weismann, zur Förderung der Theaterkultur 150 000 Mark mehr zu bewilligen und den entsprechenden Betrag bei der Rotgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft zu streichen.

Dieser Antrag wurde in namentlicher Abstimmung mit 87 gegen 29 Stimmen angenommen. Beim Haushalt des Reichswirtschaftsministeriums wurde ein Antrag der sächsischen Staatsregierung, 250 000 Mark für die Leipziger Messe zu bewilligen, abgelehnt, nachdem sich der Reichsfinanzminister dagegen ausgesprochen hatte.

Bei der dann folgenden Beratung des **Gehaltsfortschrittsgesetzes** erklärte der Berichterstatter, nach Meinung der Ausschüsse handele es sich bei diesem Gesetz nicht um eine Verfassungsänderung. Es folgte dann die Beratung der Vorlage zur Änderung des **Tabaksteuergesetzes**.

Die Ausschüsse empfahlen die Annahme der Vorlage in der Kompromißfassung. Der Vertreter des Freistaates Sachsen bedauerte die im Ausschuss beschlossenen Änderungen, die eine schwere Schädigung der Zigarettenindustrie bedeuteten. Sachsen könne dieser Vorlage nicht zustimmen.

Gegen die Vorlage erklärten sich auch die Vertreter von Schleswig-Holstein, Thüringen, Elbe, Bremen und Baden. Die Vorlage wurde in namentlicher Abstimmung mit 45 gegen 21 Stimmen angenommen. Angenommen wurden dann die Gesetze über die **Verbildung des mit öffentlichen Mitteln geförderten Kleinwohnungsbaues**,

über weiteren Ausbau und Beendigung der Wohnungszwangswirtschaft und das **Kleinwohnungswirtschaftsgesetz**.

Die Tabaksteuervorlage.

Von den Reichsratsausschüssen angenommen.

Die vereinigten Ausschüsse des Reichsrats berieten am Donnerstag die Tabaksteuernovelle in dritter Lesung. Es kam dabei ein Kompromiß zustande. Der in der Vorlage vorgeschlagene Tabakzoll ist von 250 auf 200 Mark herabgesetzt. Die Bänderzollsteuer für Pfeifentabak beträgt 35 Prozent, die für Zigaretten 23 Prozent und die Bänderzollsteuer für Zigaretten 38 Prozent. Die Materialsteuer für Zigaretten ist auf 450 Mark für den Doppelzylinder festgesetzt. Das Gesetz soll am 1. Januar 1931 in Kraft treten. Mit den Änderungen wurde die Vorlage gegen die Stimmen von Sachsen, Baden, Bremen und Hessen von den Ausschüssen angenommen.

Die Regierung hat sich mit den Beschlüssen der Ausschüsse einverstanden erklärt. Der Reichsfinanzminister teilte mit, daß die Tabakbelastung jetzt schätzungsweise 1,4 bis 1,5 Milliarden Mark jährlich erbringe. Die Regierung halte damit die Tabakfrage endgültig für erledigt, da ein Kammerpol auch keine höheren Erträge bringen würde.

Die französischen Goldreserven.

Was die New Yorker Presse meint.

Die Blätter beschäftigen sich noch immer sehr eingehend mit der französischen Ansammlung von Goldreserven und deren Aufbarmachung. „Times“ veröffentlicht in großer Aufmachung den letzten Goldbericht des Ausschusses der Bundesreserverebanken, in dem hervorgehoben wird, daß der französische Goldvorrat in dem am 31. Oktober abgelaufenen Jahr um 422 Millionen Dollar zugenommen habe und sich nunmehr auf 1992 Millionen Dollar belaufe, was ungefähr der Hälfte des amerikanischen Goldbestandes entspreche. „World“ weist in einem Leitartikel darauf hin, daß Frankreich mit seinem enormen Goldbesitz von den wirtschaftlichen Beschwerden, die das übrige Europa bedrücken, verhältnismäßig frei sei. Es sei offensichtlich, daß ein großer Teil der finanziellen Verantwortung, die während der meisten Jahre seit dem Weltkriege von den Vereinigten Staaten allein getragen werden mußte, nunmehr auf Frankreich lasse.

Deshalb sollte Frankreich auch zum mindesten einen Teil der Verantwortung gegenüber den finanziell weniger begünstigten Ländern übernehmen. Daß diese Verantwortlichkeit in Frankreich anerkannt werde, gehe aus den Pariser Meldungen über die Kreditverhandlungen mit England und Italien hervor. Gleichzeitig veröffentlichten die Blätter die ersten Auszüge aus dem Schlussbericht des bisherigen amerikanischen Finanzberaters in Polen, Charles S. Dewen. Sie entnehmen dem Bericht, daß es sich als notwendig erweisen dürfte, Polen weitere Anleihen zu gewähren.

Die indische Frage.

Die Konferenz in London.

Die Erörterungen über die allgemeinen Ziele der Indischen Konferenz am Runden Tisch fanden im St. James-Palast in London ihre Fortsetzung. Nach dem Mahatma von Patiala, der für den indischen Föderationsgedanken eintrat, erklärte Dr. R. S. J.:

„Das britische Volk denkt und vielleicht denken auch die britischen Offiziere in Indien, daß sie die Bewegung unterstützen und das indische Volk demokratisieren können. Sie denken, daß sie durch Gewaltanwendung alle diese Schwierigkeiten beseitigen können. Die Zeit ist vorbei — ich spreche offen und aufrichtig, und die Zeit wird niemals wiederkommen, wo irgendwelche Anwendung physischer Gewalt das indische Volk einschüch-

tern wird. Ich werde niemals dulden, daß gesagt wird, daß indische Völkler sein eigenes Land nicht verteidigen, und daher müsse das britische Volk die Verantwortung übernehmen, Indien zu verteidigen.“

Maulana Muhammad Ali erklärte u. a.: Ich will nur in mein Land zurückkehren, wenn ich mit Freiheit in der Hand zurückkehren kann. Ich lehne vor, in einem fremden Lande zu sterben, so lange es ein freies Land ist. Der Redner sollte dann dem konservativen Bischof Lord Irwin höchste Anerkennung und fuhr fort: Ich bin nicht gekommen, um den Dominionsstatus zu erbitten. Ich glaube nicht an die Erzielung des Dominionsstatus.

Wir sind augenblicklich uneinig, und Ihr herrscht; in dem Augenblick aber, wo wir beschließen, einzig zu sein, werdet Ihr nicht mehr in der Lage sein, die Herrschaft über uns auszuüben. Die britische Herrschaft über Indien ist dem Untergang geweiht. Sie muß beseitigt werden. Aber die Freundschaft zwischen Großbritannien und Indien soll fortbestehen.

Die Lage in Spani.

Unruhen in Sevilla.

Der spanische Ministerpräsident General Berenguer erklärte, wie aus Madrid gemeldet wird, daß an den Gerüchten von einem Aufstand einiger Regimenter nichts Wahres sei. Das Militär stehe hinter der Regierung. Das Meer wünsche nur Gelegenheit zu haben, gegen die zu kämpfen, die die Ordnung stören wollten. Die Regierung sei auf ihrer Hut und fürchte sich vor niemand.

Aus Sevilla wird gemeldet, daß Streikende in Triana Privatautomobile, die nach Sevilla fahren wollten, anhielten und zur Umkehr zwangen. Die Universität ist infolge der Studentenunruhen geschlossen worden. In Alicante können die Zeitungen wegen des Streikstreiks nicht erscheinen. Bei Demonstrationen der Streikenden vor dem Regierungsgebäude mußte Zivilgarde aufgebaut werden, um die Demonstranten auseinanderzutreiben. Zahlreiche Verhaftungen sind vorgenommen worden. Der Gouverneur hat versprochen, alle verhafteten Personen wieder in Freiheit zu setzen, falls Wiederaufnahme der Arbeit beschlossene würde.

Der Rektor und der Dekan der rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Valencia sind wegen der Haltung der Studenten zurückgetreten.

Politische Tageschau

Die „politische Klausel“ des Kirchenvertrages. Die Verhandlungen über den evangelischen Kirchenvertrag werden zur Zeit auf der Grundlage eines vom preußischen Staatsministerium ausgearbeiteten Entwurfs geführt. Es scheinen noch Meinungsverschiedenheiten vor allem über die „politische Klausel“ zu bestehen, d. h., über das staatliche Einspruchsrecht bei Befehung der leitenden evangelischen Kirchenämter. Dabei vertreten, nach einer Mitternachtsmeldung, die Kirchen die Auffassung, daß ein Schiedsgericht geschaffen werden müßte, das bei Anwendung des staatlichen Vetorechts zu entscheiden hätte, während auf staatlicher Seite an einem unbedingten, von keiner Instanz abhängigen Einspruchsrecht festgehalten wird.

Gerüchte über Umbildung der polnischen Regierung. Wie gerüchtweise verlautet, steht eine Umbildung der gegenwärtigen polnischen Regierung bevor. General Pilsudski, so heißt es, werde von seiner Stellung als Ministerpräsident zurücktreten und nur das Portefeuille des Kriegsministers behalten. Als Nachfolger Pilsudskis als Ministerpräsident wird der gegenwärtige Minister ohne Portefeuille Oberst Beck genannt.

Bucharin verläßt die Rechtsopposition. Die Telegrammen-Agentur der Sowjetunion meldet: In Moskau wurde eine ausführliche Erklärung Nikolai Bucharins veröffentlicht, in der er seine rechtsoppositionistischen Irrtümer vollkommen eingesteht. Bucharin erklärt sich solidarisch mit sämtlichen Beschlüssen des letzten Kongresses der Kommunistischen Partei und mit der politischen Linie der Parteileitung. Zu der Aufdeckung gegenrevolutionärer Schädigungsorganisationen betont Bucharin, diesen gegenüber sei unbarmherzige Abrechnung notwendig.

Ungarische Auslandsanleihe. Zu der Aufnahme einer ungarischen Ueberbrückungsanleihe erklärte der ungarische Finanzminister Bekerle, die Verhandlungen über die Aufnahme eines Vorstufes auf die unter günstigen Verhältnissen aufzunehmende langfristige Anleihe seien formell zwar noch nicht abgeschlossen, könnten aber bereits als erfolgversprechend bezeichnet werden. Die Höhe der Anleihe selbst betrage 87 Millionen Pengö. Der Zinsendienst der Anleihe belaufe sich insgesamt auf 6 1/2 Prozent, was unter den jetzigen Verhältnissen als günstig angesehen werden könne. Die Verwendung der Anleihe werde im Haushaltsvoranschlag bestimmt werden.

Die Dufur-Angelegenheit. Der Generalkaassant unterrichtete Justizminister Chéron über die Angelegenheit der Banque Dufur. Danach werden auf Anweisung des Untersuchungsrichters Sachverständige unverzüglich eine Untersuchung darüber einleiten, weshalb gewisse Papiere der Dufur-Gruppe im Kurse stiegen, während die allgemeine Tendenz eine Kursbaisse war. Es handelt sich in der Hauptsache um die Feststellung, ob die betreffenden Papiere der Dufur-Gruppe fiktive Kursnotierungen erhielten, was strafbar ist. Außer den bereits gemeldeten Privatklägern hat nun auch der Vorsitzende des Syndikats der Bankiers gegen Dufur wegen fiktiver Kursfestsetzung Klage eingereicht.

Nach einer Zeitungsmeldung besteht die Absicht, den Sitz des Bundesvorstandes des Reichsbanners von Magdeburg nach Berlin zu verlegen.

Wie jetzt bekannt wird, ist auch der frühere thüringische Landtagsabg. und jetzige Bürgermeister Engert in dem bekannten Lustkurort Neuhaus-Ingelsheim am Rennweg vom thüringischen Innenministerium ob seiner Jugendlosigkeit zu einer kommunistischen Partei (Opposition) seines Amtes enthoben worden.

Das Blatt des Vatikans, der „Osservatore Romano“, verweist die Informationen, die von einer Verwendung des Vatikans in der Dabburger Frage wissen wollen und die unlängst vom „Journal de Genève“ unter Ausfällen gegen die Politik des Vatikans wiedergegeben worden waren, ins Reich der Phantasie und bezeichnet sie als vollkommen grundlos.

Furchtbare Gasexplosion in Bloeschtli.

Bukarest, 21. Nov. In Bloeschtli ereignete sich eine furchtbare Gasexplosion, die den Brand eines Ölbehälters der Petroleumgesellschaft Astra Romana mit 500 Waggons Zündverursachte. Der Behälter brannte vollkommen aus. Die Flammen erreichten eine Höhe von 60 Metern. Die heftige Explosion erschütterte die Häuser der ganzen Stadt. Der Schaden wird auf 30 Millionen Lei geschätzt. Menschenopfer sind nicht bekannt.

Haushaltsauschuß des Reichstags.

Berlin, 20. November.

Am Haushaltsauschuß des Reichstags fand die

Beratung über die Rotverordnung

statt. Hierzu gab Vorsitzender Abg. Heumann (Soz.) u. a. folgende Erklärung ab: Es liegen neun Anträge zur Rotverordnung vor. Diese verlangen zwei, die der Herren Eugenberger und Friedl, ganzliche, drei, die der Herren Torgler (Rom.), Rösler (Wirtshof), Holte (Hannoveraner), die teilweise Aufhebung der Verordnung vom 26. Juli 1930. Die noch restlichen vier Anträge von den Herren Eugenberger und Döhrich (Landvolk) beziehen sich auf die Öffnung und Verlangen an Stelle des bezüglichen dritten Abschnittes der Rotverordnung von der Reichsregierung die Vorlegung von Spezialgesetzen.

Der Ausschuss beschloß, zunächst eine allgemeine Aussprache über die gesamte Rotverordnung vorzunehmen.

Abg. Torgler (Rom.) erklärte in ausführlichen Darlegungen gegen die Rotverordnungen, deren völlige Aufhebung er im Namen seiner Fraktion verlange.

Abg. Reinhardt (Nationalf.) unterzog die Rotverordnung einer ausführlichen sehr scharfen Kritik und verlangte deren völlige Aufhebung.

Staatssekretär Zweigert ließ sich über die Frage der Verfassungsmäßigkeit der Rotverordnung aus und legte die Gründe für eine vorbehaltlose Befreiung der Verfassungsmäßigkeit dar.

Abg. Rippel (Chr.-Soz.) war der Ansicht, daß vieles an der Rotverordnung zu ändern sei. Dagegen sei es falsch, die Rotverordnung als Ganzes aufzugeben. Weiterberatung am Freitag.

90 Millionen Defizit der Stadt Berlin.

Berlin, 21. Nov. Der Magistrat wird der Stadtverordnetenversammlung eine neue Dringlichkeitsvorlage über die Deckung des Defizits im laufenden Haushalt zugehen lassen. Das Defizit hat sich inzwischen auf 90 Millionen Reichsmark erhöht. Der durch Steuern zu deckende Teil beträgt demnach jetzt nur 30 Millionen, von denen bisher nur 3,2 Millionen durch die beschlossene Erhöhung der Biersteuer gedeckt sind.

Keine preussischen Ausnahmegeetze gegen die polnische Minderheit.

Berlin, 21. Nov. Die Behauptung des „Dziennik Berlinski“, daß die preussische Staatsregierung ein Ausnahmegesetz gegen die polnische Minderheit in Preußen vorbereite, ist, wie von unterrichteter Seite erfahren, in allen Einzelheiten aus der Luft gegriffen.

Die Reichskonferenz des Bergarbeiterverbandes.

Berlin, 21. Nov. Auf der Reichskonferenz des Bergarbeiterverbandes gab heute zunächst der Verbandsvorsitzende Aufmann einen Wirtschaftsüberblick unter besonderer Berücksichtigung des Bergbaues. Wie er feststellte, sind im Ruhrgebiet in diesem Jahre schon über 80 000 Bergarbeiter entlassen worden. Allein im Ruhrgebiet erlitten die Bergarbeiter in diesem Jahre einen Lohnverlust von 78,5 Millionen Mark. Ueber Lohn- und Arbeitsloskeitsfragen sprach der zweite Verbandsvorsitzende Schmidt. Da die Löhne, erklärte er u. a., um die Jahreswende lübbbar seien, müsse mit neuen schweren Lohnpolitischen Auseinandersetzungen gerechnet werden. Die Bergarbeiter würden sich jeder Zumutung, die eine Senkung des Reallohnes der Bergarbeiter zum Ziele habe, mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln widersetzen. Als Ergebnis der Beratungen wurde eine Entschließung angenommen, in der u. a. heißt: Die Reichskonferenz des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands hält den am 12. November 1930 in Essen gefällten Schiedsspruch aus sozialen und wirtschaftlichen Gründen für untragbar.

Die christlichen Gewerkschaften fordern.

Berlin, 21. Nov. Der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften hielt in Berlin eine Konferenz der Verbandsverbände ab. Den breitesten Raum in den Beratungen nahmen wie der „Deutsche“ berichtet, die Fragen der Arbeitslosigkeit, der Lohnsenkung und des Preisabbaues ein. Obwohl Beschlüsse zu dieser Fragen nicht gefaßt wurden, war die Aussprache von voller Einmütigkeit getragen. In der Lohnfrage gab sich völlige Einmütigkeit darin, daß unter allen Umständen der seitliche Reallohn der Arbeiterschaft über die Krisenzeit hinweg erhalten werden müsse. Ueber die Wohngestaltung in der Krisenzeit mühten die Gewerkschaften mitbestimmen. Die Hebung und Haltung des Reallohnes sei der Preisabbau nachdrücklich zu fordern. Da die Staatsnot mindestens so groß wie die Wirtschaftsnot sei, mühten die Diener des Staates in erster Linie Opfer bringen, um die finanzielle Staatskrise zu überwinden.

Ueberfall auf einen Postgeldtransport.

Berlin, 21. Nov. In Wittenberg wurde von vier Unbekannten ein Ueberfall auf zwei Postbeamte ausgeführt, die sich auf dem Wege zur Reichsbank befanden, um dort die Gelder des Postamts zu deponieren. Die Verbrecher erbeuteten 24 500 Reichsmark und konnten in einem Auto, das die Nummer IA 65 187 trug, unbekannt entkommen. Als die inagierten Reichsbankbeamten hinzukamen, hatte der Wagen der flüchtigen Räuber bereits mehrere hundert Meter zurückgelegt, so daß die Schüsse der Beamten ohne Wirkung blieben. Der Wagen schlug die Richtung Berlin ein.

Zusammenstoß zwischen zwei deutschen Fischdampfern.

Tromsø, 21. Nov. Die beiden deutschen Fischdampfer „Elli Schröder“ und „Grönland“ sind in der Nähe von Tromsø zusammengestoßen. Die „Elli Schröder“ wurde am Bug schwer beschädigt und konnte den Hafen nur mit knapper Not im sinkenden Zustand erreichen. Die „Grönland“ wurde weniger schwer beschädigt. Wie verlautet, ist ein Mann der Besatzung der „Elli Schröder“, die sich auf der Heimfahrt vom Weizenmeer befand, bei dem Zusammenstoß tödlich verunglückt.

Lokales.

Bad Homburg, den 21. November 1930.

Kurhaus-Theater.

Des Wäcker: „Frühling im Wiener Wald“.

Als humorvolle Operellen-Neuheit, II. Theaterzettel, der dem Publikum am gestrigen Abend das rechtlich annulierende Stück „Frühling im Wiener Wald“ vorgeführt. Zwei Tuglerinder, Beda und Fritz Lunzer, doch ist nichts Vollwertiges zustande gebracht worden. Gefällig und klangreich konnte man dagegen die Musik des Komponisten Wäcker feststellen. Wenn trotz dieser gemachten Einwände das Stück den Beifall des Publikums fand, so ist das in erster Linie ein Verdienst der Darsteller, die mit dem Wenigen etwas anzufangen wussten. — Heinrich Bauer als Prinzipal Müller und seinerseits „sowie Claus Heimburg als Kompanion“ zeigten sich wieder einmal als recht leistungsfähige Schauspieler. Otto Stähler, der den liebesdürstigen Maler gegeben hatte, und seine Partnerin Christel Kuhl als Sängerin, konnten besonders im Duett erfolgreich abschließen. Auch der gestrige Abend ließ wieder deutlich erkennen, daß das Homburger Ensemble in Selma Mangel (Schauspielerin Tomasoni) eine überragende Kraft besitzt. Der Schürmer gab in spähiger Form die Figur des Dieners. Unter Dr. Franz Wöbbs Leitung arbeitete der Orchester in engem Einvernehmen mit der Bühne.

Stoffbildchen-Ausstellung im Kurhaus. Die Verwaltung teilt uns mit, daß die Ausstellung der verschiedenen Ainderarbeiten aus Stoffresten am Freitag, Sonnabend bis 24. Uhr nachmittags geöffnet sein wird. Alle Kinder, die sich an dem von der Kurverwaltung ausgeschriebenem Wettbewerb für Stoffbildchen beteiligen wollen, sei die Besichtigung der Vorarbeiten sehr empfohlen. Für Schulen ist der Eintrittspreis 0.10 Rmk pro Person ermäßigt. Fertiggestellte Arbeiten sind im Büro der Kurverwaltung abzugeben. Auf dem Blatt muß der Name und die Adresse angegeben sein. Die Prämierung erfolgt am 1. Dezember, nachmittags 4 Uhr. Sämtliche abgegebenen Bildchen werden danach vom 14. bis 21. Dezember ausgestellt.

Volkschor Bad Homburg. Am Sonntag, dem 24. November 1930, abends 8 Uhr, veranstalten der Völler-Gesangverein „Eintracht“, Eintracht und der Volkschor Bad Homburg im Kurhause gemeinsam ihr Jahreskonzert unter Leitung ihres Dirigenten Emil Schröder. Als Solisten wirken mit, Paula Woog (Sopran), Frankfort, Georg Hoffmann (Bariton) von hier, Hermann Lingemann (Klavier) aus Frankfurt. Geboten werden Frauen-, Männer- und gemischte Chöre von Komponisten J. S. Bach, Uhlmann, Schubert, Schöber, Mendelssohn, Brahms, Strauss, Rautenstrauch und Stube. Der Konzert endet in der Ballade „Schön Ellen“ von Schöber für Chor, Sopran- und Bariton solo, Klavierbegleitung. Das Programm verspricht jedem Besucher einen genussreichen Abend; der Eintrittspreis beträgt für Plätze I.—Rmk. einschl. Steuer. Der Volkschor hat eine so zahlreiche Zuhörerschaft wie im vergangenen Jahr begrüßen zu dürfen.

Lichtbildervortrag. Am Mittwoch, dem 26. November, abends 8 Uhr, wird der bekannte Forschungs- und Redner Rudolf Diers im Konzertsaal des Kurhauses einen Lichtbildervortrag über „Bolivien, das südamerikanische Elben“ halten, für den sicherlich ein reges Interesse vorliegt. Außer den eigentlichen Forschungsergebnissen der Redner vor allem auch die Aussichten für Auswanderer in Bolivien besprechen.

Katholischer Jugendtag. Es soll ein Weibetag sein für die gesamte kath. Jugend von Bad Homburg bis Kirdorf. Jungmänner und Neudeutsche, Jünglings- und Jungfrauen, D. S. A. und Gesellenvereine, sie sollen sich eins fühlen unter dem Christusmonogramm, das Zeichen katholischer Jugend. Der neue Jugendtag von Elmberg, Herr Bernhard Alvinger, hat die Aufgabe des Tages. Selbst aus der neudeutschen Jugend vorgegangen, jugendfrisch an Alter und Kraft, hat er mit aller Macht, an der Jugend zu arbeiten. Selbst alles Katholische und vor allem für unsere Jugend wertvoll, kann er andere begeistern. Am Samstag ist der gesamte kath. Jugend von Homburg und Kirdorf Punkt 7.30 Uhr im Saalbau, von wo aus wir zum Bahnhof ziehen, um bei flackerndem Feuer heiligem Gesang unserer Gefallenen zu gedenken. Es soll nur eine stimmungsvolle Trauerfeier sein. Es soll kein Werk sein, ein heiliger Schwur, das Werk des Heiligen des Krieges fortzusetzen, nämlich streben nach Ehre und Recht und Freiheit für das deutsche Vaterland. Am Sonntag um 8 Uhr versammeln wir uns in der Kirche an der Gemeindefestmesse. Ihn nicht in der Kirche anbelangen, sondern im Herzen bewahren und hinaustragen ins öffentliche Leben, dann ist die Aufgabe gelöst. Nach einem gemeinsamen Kaffee im Saalbau beginnt die Kleinarbeit in Führerbesprechungen und Vorträgen. Abends um 8 Uhr veranstalten die Neudeutschen der Jugend und allen Jugendfreunden eine Marienfeier im Saalbau. Der Eintritt hierzu ist für Jugendliche frei, für Erwachsene beträgt er 0.50 Rmk. Bei den Kundgebungen am Samstagabend, Sonntag in der Gemeindefestmesse und am Abend im Saalbau soll die Bevölkerung zeigen, daß sie Interesse hat an der kath. Jugendarbeit. — G.

Tisch-Tennis. Da dem neugegründeten „Tisch-Tennis Verband Hessen-Hessen-Nassau“ wider Erwarten viele Vereine und Clubs beigetreten sind, war es notwendig, die Meisterschaftskämpfe in zwei Gruppen auszugetragen zu lassen. Homburg, der Favorit der ersten Gruppe, hat insofern Glück gehabt, als es nunmehr erst in der Entscheidung der beiden Gruppen gegen den voraussichtlichen Sieger der zweiten Gruppe „Sportverein Bar Kochba“ der als der Spielfähigste Club in Frankfurt und Umgebung angesehen werden muß, anzutreten hat. — Trotzdem wird in Kürze ein Freundschaftsspiel gegen Bar Kochba stattfinden, aus dessen Verlauf man auf die Aussichten, die Homburg bei den Endkämpfen hat, schließen kann. (Das für den 23. November angelegte Weitspiel mußte wegen des Verboles am Totensonntag verschoben werden.) — Infolge des unerwartet großen Interesses, das heute dem Tisch-Tennis entgegengebracht wird, hat sich der Verband entschlossen, neben der 1. Mannschaft, die aus sechs Spielern besteht, auch 2. Mannschaften spielen und Damen-Meisterschaften auszugetragen zu lassen. Leider ist es im Gegensatz zu anderen Vereinen, wo durchschnittlich 40—50 Mitglieder der Tisch-Tennis Abteilung angehören, in Homburg nicht möglich, an diesen Konkurrenzen ebenfalls teilzunehmen, da zu wenig Spieler zur Verfügung stehen. Aber noch ist es Zeit. Was in anderen Städten möglich ist, sollte auch in Homburg zu erreichen sein. Der Monatsbeitrag von Mk. 2.— ist so niedrig gehalten, daß es jedem möglich sein sollte, diesen Sport zu betreiben. Anmeldungen zur Tisch-Tennis Abteilung nimmt der Portier des Kurhauses jederzeit entgegen. Es sei nochmals darauf hingewiesen, daß der blaue Saal des Kurhauses den ganzen Tag für Tisch-Tennis zur Verfügung steht.

Zimmerbrand. Donnerstag nachmittags kurz nach 14 Uhr brach im Hinterhaus des Hauses Nibel in der Thomassstraße ein Zimmerbrand aus, der dadurch entstand, daß der Holzkasten in dem betreffenden Räume zu nahe beim Ofen stand und so Feuer fing. Die sofort erschienene Feuerwehr konnte ohne jede Inbetriebnahme der früheren Geräte des Feuers Herr werden. (Wiederholt, da nur in einem Teil der gestrigen Ausgabe)

Funkhilfe und Radioklub Bad Homburg. Der heutige Vortrag über „Rundfunkstörungen, deren Bekämpfung und Beseitigung“ beginnt um 8 Uhr im „Schützenhof“.

Selipa. Wohl die größte Tragödie, die die Weltgeschichte kennt, Unterang des Riesenpfeils Titanic, hat man unter dem Titel „Atlantik“ jetzt auch im Tonfilm festzuhalten verstanden. Mit unerhörter Spannung rollt sich hier nochmals dieses Drama auf hoher See ab, das sicherlich vielen durch die damaligen Presseberichte noch in bester Erinnerung war. Von den Darstellern, wir nennen Fritz Kortner, Lucie Mannheim, Willy Forst und Hermann Vahlentin, werden die Hauptrollen bestens gegeben. Das Programm läuft bis einschließlich Sonntag.

Bildspielhaus. Das Programm bringt bis einschließlich Sonntag die Schlager „Das wilde Blut“, Wildwestfilm in 6 Akten, und „Mascollchen“, Gesellschaftsschauspiel in 7 Akten.

* **Rasse Fröhe.** Eine Hauptquelle der Erkrankungen bilden nasse Füße. Wer gezwungen ist, viel im Freien zu gehen oder zu stehen, wird am ehesten der Gefahr ausgesetzt sein, nasse Füße zu bekommen. Solange sich die Tätigkeit im Freien abspielt, ist dabei die Gefahr der Erkrankung keine so große, weil durch das Umhergehen die Blutzirkulation auch in den durch die Nässe abgekühlten Hauptgeleiten einigermaßen in Gang bleibt. Ist man aber gezwungen, mit nassen Füßen in der Straßbahn oder an der Arbeitsstätte sitzend oder stehend längere Zeit zu verweilen, so machen sich die schädlichen Einflüsse der nassen Füße häufig in Form einer nachfolgenden Erkrankung geltend. Es kommt in den Füßen zu einer Veränderung der Blutzirkulation und einer Herabsetzung der Widerstandsfähigkeit der im Körper stets vorhandenen schwachen Punkte, durch die das Eindringen von Krankheitserregern begünstigt wird. Der beste Schutz gegen nasse Füße ist ein bequemer weicherer Schuh mit dicken, möglichst für das Wasser undurchlässigen Sohlen. Hat man trotzdem nasse Füße, so sollte man möglichst rasch dafür, Schuhe und Strümpfe zu wechseln und vergesse nicht, vorher den feuchtgewordenen Fuß mit einem Lappen abzutrocknen.

* **Vorsicht bei Annahme beschädigter Reichsbanknoten.** Bei der Annahme beschädigter Reichsbanknoten ist Vorsicht geboten, denn seit einiger Zeit werden Noten in den Verkehr gebracht, die in betrügerischer Absicht aus Teilen verschiedener Reichsbanknoten über 50 Mark zusammengesetzt sind. Diese Noten sind daran zu erkennen, daß die einzelnen Teile durch Klebestreifen verbunden sind und meist verschiedene Nummern aufweisen. Zu diesem Zusammenhang ist ganz allgemein vor der Annahme zusammengesetzter Banknoten zu warnen, da stets die Möglichkeit besteht, daß es sich um Fälschungen handelt und der Empfänger Gefahr läuft, sie bei der Reichsbank nicht umgetauscht zu erhalten. Es empfiehlt sich, zusammengesetzte Noten nicht anzunehmen und die Inhaber an die Reichsbank zu verweisen.

* **Wichtig für Auswanderer.** Der Umstand, daß eine Reihe Staaten den Sichtvermerzwang (Visumzwang) für die Einreise aufgehoben hat, hat zu der Ansicht Veranlassung gegeben, daß auch die Arbeitsaufnahme in diesen Ländern ohne weiteres erfolgen könne. Diese Meinung ist aber irrig. In den meisten europäischen Ländern wird demjenigen, der dort eine Stelle antreten will, der Grenzübergang nur gestattet, wenn er sich die Zustimmung der Bewilligung zum Stellenantritt beschafft hat. Es ist Sache des Arbeitgebers bei den zuständigen Landesbehörden die Erlaubnis zur Einstellung des fremden Angestellten oder Arbeiters zu erwirken. Ausdrücklich bemerkt wird, daß zur Einreise nach Frankreich das Visum eines französischen Konsulates notwendig ist. Das Einreisevisum zum Zwecke der Arbeitsaufnahme wird nur erteilt, wenn ein vom zuständigen französischen Ministerium genehmigter Arbeitsvertrag vorliegt.

Aus Nah und Fern.

Hanau. (Ein verunglückter Viehtransport) Die Viehhändler Berthold und Josef Hamburger aus Alzenau hatten den Kraftwagenführer Otto Wappes aus Alzenau beauftragt, am Morgen des 3. September d. J. Vieh zum Viehmarkt in Wächtersbach zu transportieren, was unter Benutzung eines Lastkraftwagens mit Anhänger vor sich ging. Den Motorwagen steuerte Otto Wappes, sein Bruder August Wappes war als Bremser auf dem Anhängerwagen tätig. Auch die beiden Viehhändler hatten auf dem Motorwagen Platz genommen. Kurz vor dem Dorfe Neuses geriet an einer steil abfallenden Straße der Lastkraftwagen in schnelle Fahrt, da Fuß- und Handbremse nicht in Ordnung waren. Berthold Hamburger sprang ab, geriet unter den Anhängerwagen und wurde mitgeführt. Der Lastkraftwagen sauste in das Dorf Neuses hinein, richtete an einer Brücke und einem Gebäude Schaden an, bis an einer Kurve der Anhänger umstürzte und die tolle Fahrt ihr Ende erreichte. Der Bremser August Wappes lag unter dem Anhängerwagen, war schwer verletzt und starb nach drei Tagen. Auch das herausgeschleuderte Vieh hatte Verletzungen erlitten. Der Kraftwagenführer Otto Wappes wurde jetzt vom Schöffengericht Hanau der fahrlässigen Tötung und des Vergehens gegen die Kraftfahrzeugordnung für schuldig erachtet und mit sechs Monaten Gefängnis bedacht. Sein Lastkraftwagen hatte sich in durchaus vernachlässigtem Zustande befunden.

Runkel. (Das Schicksal des Runkeler Rotweins besiegelt.) Das Schicksal des Königs der Rotweine, des berühmten „Runkeler Roten“, ist, nachdem die letzte Anbaufläche andere Verwendung gefunden hat, nunmehr endgültig besiegelt. Damit stirbt ein edler Tropfen aus dessen Ruhm schon der Chronist um 1720 verkündete. Das letzte Weinbergstück, auf dem noch der Runkeler Rotwein gezogen wurde, umfaßte nur noch knapp acht Morgen. Nachdem der kalte Winter 1928-29 den Rebenbestand des Runkeler Roten besonders stark geschädigt hatte, ließ die Runkeler Viehwirtschaft, in deren Besitz sich die letzte Weinberganlage befand, die letzten Weinberge ab. Nur ganz geringe Mengen des gesuchten und begehrten Tropfens lagern zurzeit noch in den Kellern der Schloßverwaltung.

Montabaur. (Zusammenstoß zwischen Kuh und Motorrad.) Auf der Landstraße bei Horresen führte ein Landwirt seine Kuh, als ein Motorrad herankam. Wohl durch das Licht geblendet, schaute die Kuh, rannte ihren Fahrer um und direkt in das Motorrad hinein. Im nächsten Augenblick wälzten sich Motorradfahrer, Landwirt und der Vierfüßler auf der Straße. Die Kuh war bei dem Anprall über das Motorrad hinweggestürzt und mußte abgeschlachtet werden. Das Motorrad wurde schwer beschädigt. Der Fahrer und der Landwirt kamen mit leichten Verletzungen davon.

Büdingen. (Vom Auto angefahren und tödlich verletzt.) Der 80jährige Weibhändlermeister Schäfer aus dem benachbarten Dorfe Vordach wurde, als er vom dortigen Friedhof kommend, auf dem Heimweg begriffen war, von einem Kraftwagen angefahren und so schwer verletzt, daß er verstarb.

Wehlar. (Schwindelen eines „Regierungsrats“.) Der Techniker Anton Dieb aus Vordach trat hier wie auch anderwärts als Dr. ing. auf und legte sich später den Titel eines Regierungsrats bei. Vertrauensvollen Leuten wußte er von einem Autounfall bei Darmstadt zu erzählen, wobei er ein Kind umgefahren und nun eine Abstandssumme von 6000 Mark zu bezahlen habe. Auch von seinem Flugzeug erzählte er, für das ein neuer Motor erforderlich wäre, wofür er gleichfalls 12 000 Mark benötigte. Durch solche Erzählungen wußte er sich Geld in beträchtlicher Höhe zu beschaffen. Sein selbstgezeichnetes Aussehen wurde noch unterstützt durch eine fliegerähnliche Uniform und einen Briefbogen mit der Aufschrift der „Lufthansa“. Dieb, der sich auch hier verlobte, ist bereits verheiratet, hat ein Kind und wohnt, wenn er nicht gerade „mit seinem Auto“ oder „Flugzeug“ unterwegs war, in Frankfurt a. M.

Rassel. Zur Schließung der Rassel Genossenschaftsbank. Anlässlich der Schließung der Rassen der Rassel Genossenschaftsbank e. G. m. b. H. Rassel, ist die Rassel Genossenschaftsbank zusammengetreten, um zu erwägen, in welcher Weise die dadurch den Kunden der fraglichen Bank drohenden Schwierigkeiten abgewendet werden können. Im Verlauf der Besprechungen haben sich die Mitglieder der Vereinigung dahin verständigt, daß sie in jeder Weise der Rassel Genossenschaftsbank zur Seite stehen wollen. Das Eigenvermögen in Höhe von rund 847 000 Rmk. dürfte verloren sein. Die Gesamtsumme der 1900 Mitglieder beläuft sich bei je 300 Mark Geschäftsanteil auf zusammen 850 000 Rmk. Eingetretene sind die Debitorenverluste in der Hauptsache durch Engagements bei dem Homburger Basalt-Werk und der insolventen Getreidefirma Wilde u. Sernau.

Metallarbeiterstreik in Mainz?

Mainz. Hier sind 400 Metallarbeiter der handwerklichen Betriebe in den Streit getreten. Der Grund für die Arbeitsniederlegung dürfte in dem Lohnabbau nach dem neuen Schiedsspruch zu erblicken sein. Ob es zu einer weiteren Ausbreitung des Streikes kommt, steht bis zur Stunde noch nicht fest.

Sterbetafel.

Herr Karl Marlin, 46 Jahre, Bad Homburg.
Frau Karoline Dreßler Wwe., 71 Jahre, Bad Homburg.

Illustrierte Roman-Welt. Eine allwöchentlich erscheinende Romanzeitung für Haus und Familie. Herausgeber E. F. v. Schlichtegroll, Leipzig. 3. Jahrgang. Verlag von Ewald u. Co. Nachfolger, Leipzig. Preis pro Nummer 25 Pf. — Der heutigen Nummer liegt ein Prospekt der Firma W. Wagner, Dessau, Wagnerhaus bei, die jederzeit Bestellungen auf die „Illustrierte Roman-Welt“ entgegennimmt.

Verantw. für den redaktionellen Teil: E. Herz, Bad Homburg.
für den Inseratenteil: Jakob Klüber, Oberursel.
Druck und Verlag: Otto Wagenbreth, Bad Homburg

Rücktritt des norwegischen Justizministers.

Oslo, 21. Nov. Justizminister Ejsenth hat aus privaten Gründen sein Amt niedergelegt. Als sein Nachfolger wurde Rechtsanwalt Arne Sundb, Mitglied der Radikalen Partei, zum Justizminister ernannt.

Kürzung der Abgeordnetenblüten im Badischen Landtag.

Karlsruhe, 21. Nov. Im Badischen Landtag kam ein von allen Parteien mit Ausnahme der Kommunisten unterzeichneter Antrag auf Kürzung der Abgeordnetenblüten um zwanzig Prozent mit sofortiger Wirkung zur Beratung. Der Antrag wurde nach lebhaften Auseinandersetzungen mit den Kommunisten gegen die kommunistischen Stimmen in beiden Lesungen angenommen. Die Nationalsozialisten haben gegen die Gesamtregierung sowie gegen die Minister Kemmele und Wittemann Misstrauensanträge eingebracht.

Dom „Do X“.

Start in Bordeaux.

Das Riesflugzeug „Do X“ ist am Donnerstag 11.10 Uhr in Bordeaux gestartet und hat die Richtung La Coruña (Spanien) eingeschlagen.

Dr. Dornier war um 9 Uhr im Auto, begleitet von zehn weiteren Wagen, in denen die offiziellen Persönlichkeiten des Hafens von Bordeaux und der dortigen Präfektur Platz genommen hatten, am Ankerplatz des Flugschiffes in Roque-Tchau eingetroffen. Das regnerische Wetter der letzten Tage hatte sich aufgelöst, und schöner Sonnenschein herrschte. Mehrere hundert Neugierige wohnten den Startvorbereitungen bei.

„Do X“ in Santander gelandet.

Das Flugschiff „Do X“ ist am Donnerstag gegen 15 Uhr in Santander gelandet. Diese große spanische Hafenstadt an der Nordküste Spaniens war ursprünglich als spanischer Anlaufhafen in Aussicht genommen und hatte an Dr. Dornier nach Bordeaux eine Abordnung entsandt mit der Bitte, auf dem Fluge nach La Coruña eine Zwischenlandung vorzunehmen. Das Wetter im Golf von Biscaya war während des Fluges kühl und regnerisch. An Bord alles in bester Ordnung. Der Weiterflug nach La Coruña findet statt.

Aussprache des Reichspräsidenten mit den Kommissaren für die Osthilfe.

Berlin, 21. Nov. Reichspräsident von Hindenburg empfing die Kommissare für die Osthilfe, Reichsminister Trebmann und preussischen Staatsminister Hirtler zusammen mit deren Vertreter, Staatssekretär Krüger und Ministerialdirektor Dr. Bachmann, zu einer längeren Besprechung über die Arbeit der Osthilfe. Die Aussprache, die auch die aus Kreisen der Landwirtschaft für die Durchführung der Osthilfe vorgebrachten Anträge und Wünsche umfaßt, ergab Uebereinstimmung in der Auffassung über die für die Osthilfe maßgebenden Grundsätze und die sich hierauf aufbauende weitere Arbeit der Oststelle.

Vertrauensvotum für die thüringische Regierung.

Weimar, 21. Nov. Der Landtag von Thüringen ging über die Misstrauensanträge der sozialdemokratischen Fraktion gegen Minister Fried und Staatsrat Marschler auf Antrag der Landvolkfraktion zur Tagesordnung über und nahm den Vertrauensantrag für die Regierung mit 28 Stimmen der Regierungsparteien gegen 25 der Sozialdemokraten, Kommunisten und Staatspartei an. Der Antrag auf Auflösung des Landtages wurde mit dem gleichen Stimmenverhältnis abgelehnt. Vor der Abstimmung gaben die Parteien Erklärungen ab, von denen besonders die scharfe Erklärung der Nationalsozialisten gegen die Reichsregierung und den Reichsinnenminister Dr. Wirth bemerkenswert war.

Eröffnung des badischen Landtags.

Karlsruhe, 21. Nov. Die neue Sitzungsperiode des badischen Landtags wurde bei fast voll besetztem Hause in schlichter Weise eröffnet. Zum Präsidenten des Landtags wurde mit 70 von 79 abgegebenen Stimmen der bisherige Landtagspräsident Duffner (Z) wiedergewählt. 5 Stimmen entfielen auf den kommunistischen Abgeordneten Leichter, eine auf den Zentrumsabgeordneten Dr. Baumgartner (früher Landtagspräsident, jetzt Präsident des badischen Rechnungshofes). Die drei deutschen nationalen Abgeordneten gaben weiße Zettel ab; die Nationalsozialisten beteiligten sich nicht an der Wahl. Zum ersten Vizepräsidenten wurde mit 68 Stimmen der bisherige Inhaber dieses Postens, der sozialdemokratische Abgeordnete Walter-Heidelberg gewählt, zum zweiten Vizepräsidenten der Volksparteier Dr. Walder mit 70 Stimmen.

Handelsteil.

Frankfurter Börsenbericht.

Frankfurt a. M., 20. November

Tendenz: geschäftlos. Die heutige Börse eröffnete nach Unterbrechung des Geschäftes durch den gestrigen preussischen Feiertag wiederum in sehr stiller und weiter eher schwächerer Haltung. Die zum Teil leicht gebesserten Auslandsbörsen konnten dem Markt keine Anregung bieten, ebenso die wahrscheinliche Freilassung der Benelux nach England. Es lagen eher wieder kleine Verkaufsbefehle vor, so daß die Baissepartei weitere, kleine Vorstöße unternehmen konnte, und das Kursniveau gegenüber der Abendbörse vom Dienstag um bis zu 1 Prozent gedrückt war. Die Umsatztätigkeit hielt weiterhin in sehr engen Grenzen. — Deutsche Anleihen neigten zu kleinem Geschäft ebenfalls zur Schwäche. Im Verlaufe wurde Stimmung etwas freundlicher. Die Rulisse schritt verhältnismäßig kleinen Dedungen. Schon kleinste Nachfrage genügt, um das Kursniveau um bis zu 1 Prozent zu heben. Am Geldmarkt hielt die Nachfrage nach Tagesgeld weiter an. Der Satz wurde auf 5 1/2 Prozent erhöht.

Frankfurter Devisen.

Amtliche Frankfurter Notierungen vom 20. Nov. 1930.

London	20.364	Paris	16.4
Amsterdam	168.600	Schweiz	81.2
Stockholm	112.480	Spanien	47.2
New York	4.1925	Prag	12.4
Brüssel	58.455	Wien	59.0
Italien	21.947	Budapest	73.2

Die Notierungen verstehen sich in Goldmark für eine Einheit.

Tendenz: schwächer

— Frankfurter Viehmarkt. Amtliche Notierungen. Bezahlt wurden für 1 Pfund Lebendgewicht in Reichsmark: Rinder: a) bei Markt- und Saugkälber 0.74—0.77; c) mittl. Mast- u. Saugkälber bis 0.73; b) geringe Rinder 0.55—0.67. Schafe: a) Mastlamm jung. Mastlamm. 1. Weidemast 0.45—0.48; b) mittl. Mastlamm alt Mastlamm. u. gut genährte Schafe 0.40—0.44; c) Fleisch. Schafe 0.25—0.39. — Auftrieb: Seit dem letzten Markt dem Schlachthof direkt zugeführt 99 Stück, Rinder 521:91 = 612, Schafe 376: direkt zugeführt 99 Stück, Rinder 521:91 = 612, Schafe 376: = 434, Schweine 372:113 = 485. Marktverkauf: Rinder und Schafe, ausverkauft. Schweine schleppend, ausverkauft.

GUTE WARE BILLIGER PREIS

Lebensmittel

FEINKOST

Roher und gekochter Schinken	1/4 Pfd.	50
Feinste Blockbutter	1/2 Pfd.	83
Geraspelte Kokosnuß	1/4 Pfd.	10
Eier-Bruch		
Maccaroni	Pfd.	52

HOMBURGER KAUFHAUS
FÜR LEBENSMITTEL

Georg Ullrich

Luisenstrasse 33 Tel. 3081 **5% RABATT**

Es ist nicht zu früh,

wenn Sie heute an den Einkauf Ihrer Weihnachtsgeschenke denken. Jetzt haben Sie die große Auswahl, und sind Sie ganz sicher, die entzückende Weihnachtspackung des Jubiläumsjahrg. von Westermanns Monatsheften in jeder Buchhdlg. vorrätig zu finden. Wenn Sie sich diese erlebte Packung vorlegen lassen, ist Ihre Wahl rasch getroffen, denn es gibt kein Geschenk, das größere Freude macht. Dabei erinnert es immer und immer wieder an den Gießer.

Verlangen Sie aber ausdrücklich die Weihnachtspackung des Jubiläumsjahrgangs von Westermanns Monatsheften.

Bestellschein

Bestellschein 24 bestellb. betr. Buchhdlg.
die Weihnachtspackung d. Jubiläumsjahrg. von Westermanns Monatsheften, sowie die Forts. d. Zeitschr. „Januar bis Aug. 1931, insgesamt 12 Hefte zum Preis von M. 74.— Die Lieferung soll in meinem Auftrage an

Ort und Datum
Unterschrift

Katholischer Jugendtag für Homburg u. Kirchorst

Samstag, 22. Nov.
Gedächtnis der Gefallenen u. Feuerrede am Bahnhof.

Sonntag, 23. Nov.
8 Uhr Gemeinschaftsmesse, 8 Uhr Abends Marienfeier im Saalbau. Während des Tages Referate. Jugendsekr. Stühling.

Die gesamte kathol. Jugend ist herzlich eingeladen.

Großer Wildabschlag

Sagen — Rehe — Hirsche

von großen Teiljagden in Wäldern eingetroffen.

Empfehle besonders:

Sasendbraten, Rehbraten, Rehkeule, Rehbug, Hirschbraten, Hirschkeule, Hirschbug } im Auschnitt

Sagen, Reh u. Hirschragout — la Maitre, Enten, junge Fasanen, Fasanen, Feldhühner.

Auf Wunsch alles gespickt und bratfertig

W. Lautenschläger

Luisenstrasse 50 Telefon 240

Prima Pferdefleisch

ohne Beilage Pfd. 30 Pfg

Würstchen 10 Pfg

Serrahawurst 1 Pfd. 1.—

Eckhardt Kardi, Löpferweg 1

RADIO!

Geräte aller Arten

(Teilzahlung)

Radio Braun Nachf.

Otto KRATZ, Elektro Meister

Luisenstr. 96 Telef. 2104

Damen u. Herren

redewandl, absolut ehrlich, zum Verkauf von Bohnerwech an Private gesucht.

Regelm. Einkommen. Angebote unter B. 7952 an

Annoncenfrenz-Mainz 10

Maife

„Auslese“ die Maife des Feinschmeckers

in Paketen 0.60, 1.—, 1.80

Gratis-Proben

Tannus-Drogerie

Carl Mathy G. m. b. H.

Luisenstrasse 11.

Schallplatten auf Teilzahlung!

Neueste elektr. Aufnahmen liefere ich an Private gegen 8 Monatsraten. Verlangen Sie Katalog gratis!

J. OSTERN Wiesbaden, Emserstraße 24

Preisabschlag!

Prima Rindfleisch	m. B.	Pfd. 1.—
„	v. B.	„ 1.30
„ Kalbfleisch	„	„ 1.30
„ Hammelfleisch	„	„ 1.—
„ Hackfleisch	„	„ 1.30
„ Rindswurst	„	„ 1.20

Meggerer M. Commer Wwe.
Schulstraße 4 Telefon 2640

„Zum Löwen“, Obergasse 14.

Samstag, den 22. November, abends

Schlachtfest

Schlachtplatten

la Getränke

Frisch Schnitz.

Homburger Kriegerverein.

Am Totenfest, Sonntag, den 23. November 1930, beteiligt sich der Homburger Kriegerverein mit Fahne am Hauptgottesdienst 9.40 Uhr in der evangelischen Erlöserkirche.

Der Vorstand.

Aufgeweckter Junge mit nur besten Schulzeugnissen wird zum sofortigen Eintritt als

Buchdrucker-Lehrling

von blättriger Druckerei gesucht. Schriftl. selbstgeschriebene Angebote mit Lebenslauf unter B. 850 beifügt die Geschäftsstelle der „Homburger Neueste Nachrichten“.

Sämtliche

RUCKSACHEN

FÜR

Industrie, Behörden, Familie und Vereine

liefern schnell und preiswert die

Homburger Neueste Nachrichten

400 000 Flaschen Grünberger Sekt!

Rekorde im ostdeutschen Weinbaugebiet.

Doch des Weines Säure ist eine ganz ungeheure... so sehr man oft aus Johann Trojans bekanntem Gedicht über lauren Weine, wenn vom „Grünberger“ die Rede ist. Aber Grünberger ist gar nicht so sauer. Man muß ihn nur einprobieren, ihn kennen lernen. Jetzt, da im Rheinland und der Pfalz und an den sonnigen Hängen des Frankenwaldes Trauben verarbeitet werden, ist auch in Grünberg, dem Zentrum des ostdeutschen Weinbaugebiets, die Weinlese beendet. Die Ernte ist diesmal besonders reich ausgefallen, übertrifft der Ertrag doch mit 80 000 Eitern den des Vorjahres um 60 000 Liter! Die Qualität des Grünberger Weines wird vielfach erkannt und die wirtschaftliche Bedeutung des ostdeutschen Weinbaues unterschätzt. Wenn auch der Weinbau zurückgegangen ist, so hat die Weinindustrie sich doch in Grünberg behauptet. So gibt es noch heute zwei überall in Deutschland bekannte Sektellereien, die ein ständiges Lager von 300 000 bis 350 000 Flaschen hier unterhalten, was einem regelmäßigen Jahresumsatz von 400 000 Flaschen entspricht. Zu den bevorzugten Absatzgebieten des Grünberger Sektes gehören München, Köln, Hannover, Hamburg, Bremen, Berlin und Sachsen, und dort wieder insbesondere die Dresdner Gegend. Auch im Auslande — hauptsächlich in England — wird viel Grünberger Sekt konsumiert.

Um die Betriebe rentabler zu gestalten, befaßten sich die Grünberger Sektellereien auch mit der Herstellung von sogenannten „Ziberweinen“. Von diesem Apfelsaft werden ständig in mehreren Riesenfässern 280 000 bis 300 000 Liter auf Lager gehalten. Allein in vier Jahren lagern mehr als 250 000 Liter. Die Herstellung dieses Sektes ist durch die großen Obstkulturen möglich, die in der Umgebung von Grünberg unterhalten werden.

Neben dem Grünberger Sekt hat sich vor allen Dingen auch der Grünberger Weinbrand — die Gattungsbezeichnung Rognat nach dem verfallenen Vertrag in Deutschland für Weinbrand mehr zulässig — einen guten Namen geschaffen. Der Umsatz der größten Weinbrennerei beträgt rund etwa eine halbe Million Flaschen jährlich. Die gleiche Menge wird in den anderen Brennereien hergestellt, so daß Grünberg's Jahresumsatz in Weinbrand heute noch rund eine Million Flaschen beträgt. Der Absatz dieses Produktes erfolgt zum größten Teil in Deutschland und in den ehemaligen deutschen Kolonien, die immer noch den Grünberger Weinbrand bevorzugen.

Die Wohlfahrtserwerbslosen.

In der Novembernummer der Zeitschrift „Der Stadttag“ beschäftigt sich Dr. Fritz Elsas, geschäftsführendes Mitglied des Vorstandes des Deutschen Stadttagess, mit dem Problem der Wohlfahrtserwerbslosen.

Mit den bisherigen Einnahmemöglichkeiten, so führt er aus, könnten die Gemeinden die Lasten der langdauernden Arbeitslosigkeit nicht länger finanzieren. Die ihnen zur Verfügung stehenden Steuerquellen seien fast überall ausgeschöpft. Eine Erhöhung der Tarife für Versorgungs- und Verkehrsleistungen sei unmöglich, denn sie bringe bei der gegenwärtigen Wirtschaftslage keine Mehr-, sondern Mindererträge. Nur das Reich könne den Kommunen die finanzielle Möglichkeit geben, die Lasten, die ihnen infolge der Auswirkungen der Reichsregierung erwachsen, zu tragen. Eine entsprechende Umgestaltung des Reichsfinanzausgleichs — seit Jahren von den Gemeinden gefordert — sei unaufschiebbare Notwendigkeit. Dagegen aber bedürfe das System der Arbeitslosenhilfe einer sofortigen grundlegenden Reform.

Unbedingt erforderlich sei vor allem eine sofortige unbefristete Ausdehnung der Krisenfürsorge auf alle Berufslose. Auch die Neuregelung durch den Erlaß des Reichsarbeitsministers vom 11. Oktober trüge den finanziellen Erfordernissen der Gemeinden in keiner Weise Rechnung. Entgegen der Forderung der Gemeinden sei die Vorschau der Krisenfürsorge auf in

der Regel 32 Wochen, statt bisher 30, herabgesetzt worden. Neben der Dauer der Krisenfürsorge herabgesetzt worden. Die Gemeinden würden daher noch in höherem Maße als bisher Zusatzunterstützungen gewähren müssen. Die Neuregelung der Krisenfürsorge könne im günstigsten Falle eine Verlangsamung der sonst in den nächsten Monaten zu erwartenden Neubelastung herbeiführen.

Der Arbeitsmarkt in U.S.A.

Wieviel Arbeitslose gibt es eigentlich in den Vereinigten Staaten. Eine positive Antwort hierauf kann niemand geben, denn die Zahl der Erwerbslosen ist nicht genau bekannt. Amtlich hat man festgestellt, daß es in den Vereinigten Staaten 2½ Millionen Arbeitslose gibt, und da die Gesamtzahl aller Erwerbstätigen etwa 48 Millionen beträgt, so stellt sich das Verhältnis zwischen beiden ungefähr auf 5 zu 100. Doch bei näherem Zusehen ändert sich dieses Bild. Diese geringe Ziffer hat nämlich ihren Ursprung in der Einteilung aller Erwerbslosen in sieben Gruppen, und die Zahlen gelten nur für die erste Gruppe, die von Leuten gebildet wird, die arbeitsfähig und arbeitswillig sind, die aber keine Stellung finden können. Weitere Gruppen setzen sich aus denen zusammen, die nur an einigen Tagen in der Woche arbeiten und wegen Betriebsbeschränkung oder -stilllegung einen bedeutenden Einkommensverlust haben. Wieder zu einer anderen Klasse gehören die wegen Krankheit Entlassenen, die Urlauber und, was für die Erhebung beachtend ist, solche, die zwar ohne Stelle sind, aber aus irgendeinem Grunde auch keine Stellung annehmen würden, selbst wenn sie dazu Gelegenheit hätten.

Die allgemeine Steigis gegenüber den amtlichen Zahlen ist nicht unbegründet, denn seit April hat sich die Lage am Arbeitsmarkt nicht gebessert, trotzdem die Landwirtschaft und gewisse Saisonbetriebe einen großen Teil der Stellenlosen aufgenommen haben. Man würde hinsichtlich des wirklichen Umfangs der Arbeitslosigkeit ganz im Dunkeln tappen, wenn man nicht an Hand der von der amerikanischen Arbeitergewerkschaft herausgegebenen Statistiken sich ein annähernd zutreffendes Bild machen könnte. Die Gewerkschaften haben eine ziemlich genaue Kontrolle über die Anzahl ihrer arbeitslosen Mitglieder, und aus ihren Statistiken geht hervor, daß etwa 20 v. H. aller eingeschriebenen Mitglieder stellunglos sind. Nebenbei sei erwähnt, daß noch vor einem Jahre nur 9 v. H. also weniger als die Hälfte, ohne Arbeit waren.

Auf Grund dieser Ziffern läßt sich die ungefähre Anzahl aller Arbeitslosen berechnen. Da etwa 70 v. H. aller Erwerbstätigen Arbeitnehmer sind, dürfte die Zahl der Stellungenlosen auf Grund des obigen Verhältnisses mit annähernd 6½ Millionen nicht zu hoch gegriffen sein.

Es zeigt sich, daß der Hauptanteil der Arbeitslosen von den industriellen Bezirken gestellt wird, während das Land verhältnismäßig wenig aufzuweisen hat. Besonders sind natürlich die Großstädte stark in Mitleidenschaft gezogen.

Die Lage der Kaufmannsgehilfen in Amerika soll nicht unerwähnt bleiben. Von jeher ist in diesem Berufe ein ständiges Wehen und Kommen gewesen, da mit der fortschreitenden Maschinisierung immer mehr Büroarbeiten auf mechanischem Wege geleistet werden können. Die Abneigung der Amerikaner vor körperlicher Arbeit macht das Angebot von jungen einheimischen Kräften besonders groß.

Kann man es angesichts dieser Verhältnisse wagen, einem Auswanderungslustigen die Vereinigten Staaten als Reiseziel zu empfehlen? Man muß zwischen vorübergehend Anwesenden und Einwande-

ren unterscheiden, wie es ähnlich auch vom Gesetz gemacht wird. Besuchern mit mindestens einjähriger Aufenthaltserlaubnis ist die mit ziemlich hohen Unkosten verbundene Reise nur dann zu raten, wenn sie von vornherein zuverlässige Verbindungen haben, die die Erreichung ihrer Absicht unbedingt als sicher annehmen lassen. Für den Einwanderer sind Rückhalt an hier ansässige Verwandte, Beherrschung des Englischen in Wort und Schrift und gute Spezialkenntnisse das beste Mittel, um über den schweren Anfang hinwegzukommen. Auch sollte er sich mit dem Gedanken vertraut machen, daß er eventuell mit irgendeiner Arbeit vorliebnehmen muß und auf alle Fälle nicht nur für die ersten paar Tage ohne Einkommen sein wird. Nicht nur ausreichende finanzielle Mittel, sondern auch eine gesunde Natur und gute Ausdauer sind hier zum Erfolg nötig. E. D e m e l.



Dr. Paul Silverberg.

der rheinische Industrielle, hat mit dem Bankhaus A. Levy in Köln einen Vertrag abgeschlossen, wonach er praktisch die Leitung dieses Bankhauses übernimmt.

Der Arbeitsmarkt der Ungeheften.

Der kaufmännische Stellenmarkt läßt im Oktober noch keine Besserung erkennen. Der Bewerberzugang ist weiter gestiegen. Berlin hat den größten Bewerberzugang, wahrscheinlich eine Auswirkung des Metallarbeiterstreiks. Aber auch sonst wurde im ganzen Reich ein noch immer starker Zugang an gekündigten Kaufmannsgehilfen beobachtet. Inwieweit diese neuerlichen Zugänge eine Folge des von der Reichsregierung programmatisch vorgeschlagenen allgemeinen Gehalts- und Lohnabbaus sind, läßt sich nicht genau nachweisen. Es ist aber anzunehmen, daß die Neuzugänge Kündigungen betreffen, die zum Zwecke der Milderung der Angeestelltenbedingungen erfolgten. Diese Kündigungen dürften also nicht unbedingt zu Entlassungen führen. Zu den Abbaumassnahmen in Industrie und Handel kommen neuerdings wieder größere Kündigungen bei den Großbanken.

Der Auftragsbeingang und die Vermittlungsziffern waren etwas höher als im Vormonat. Im Osten Deutschlands ist eine leichte Steigerung des Vermittlungsgeschäftes beobachtet worden. Diese geringe Belebung darf als eine Folge der Osthilfe angesprochen werden.

5 7 Uhr abends

Februar

Roman von Paul Glemo

Copyright by Martin Feuchtwanger, Halle (Saale)

[18]

Seiden begrüßte ihn höflich; und doch hatte die Verhandlung vom Morgen ein klein wenig Distanz geschaffen. Die Begrüßung war korrekt, aber nicht herzlich. „Was führt Sie zu mir?“ fragte Seiden. „Der Fall Andersen?“

„Der Fall Lamont“, erwiderte Ikenbell bedeutungsvoll.

Seiden zuckte unwillig mit den Schultern. Er wollte zum Ausdruck bringen, daß er nicht hoffe, sich mit Ikenbell über den Fall Andersen zu einigen. „Ich nehme an“, sagte er höflich, aber zurückhaltend, „daß Sie mich nicht besuchen, um mit mir theoretische Auseinandersetzungen über den Fall zu pflegen.“

„Gewiß nicht“, gab Ikenbell zu und zog den Brief der Vera Reese aus seiner Tasche. „Bitte, lesen Sie das, Herr Staatsanwalt, und sagen Sie mir, ob Sie gewillt sind, Ihre Ansicht zu ändern.“

Seiden las den Brief. Einmal, zweimal, dreimal. Es schien lange zu währen, bis er ihn völlig verstanden hatte.

Dann gab er Ikenbell herzlich die Hand und erklärte fast feierlich:

„Bei Gott, Herr Rechtsanwalt, wenn sich herausstellen sollte, daß diese Vera Reese die Wahrheit gesagt hat, dann verlassen Sie sich darauf, daß Lamont morgen im Untersuchungsgefängnis sitzt.“

„Ich beantrage, die Vera Reese zum morgigen Termin zu laden. Ich kann auf die Gefühle des Mädchens keine Rücksicht nehmen. Ich verlange, daß sie Lamont gegenübergestellt wird.“

„Darüber hat das Gericht zu entscheiden“, erklärte Seiden. „Ich persönlich bin natürlich damit einverstanden,

daß sie geladen wird. Ich werde noch heute die nötigen Ermittlungen anstellen.“

Er sann nach:

„Ich kenne eine Vera Reese, ein junges Ding zwischen zwanzig und zweiundzwanzig Jahren. Ich habe voriges Jahr die Anklage gegen sie wegen Gewerkschaftsverbrechen, wie man so zu sagen pflegt, eine Gefallene. Wenn die Reese, die ich kenne, identisch mit der Brieffschreiberin ist, so ist sie allerdings keine klassische Zeugin.“

Er suchte in dem Strafregister und schien endlich gefunden zu haben, was er suchte. „Stimmt“, erklärte er, „Vera Reese war tatsächlich voriges Jahr wegen Diebstahls und Gewerkschaftsverbrechen im Theresiengefängnis. Ich glaube, dafür ist Kommissar Gambichler der richtige Mann. Der versteht es, diese Mädchen zu vernehmen.“

Seiden rief die Polizei an und ließ sich mit Gambichler verbinden. Gambichler lautete andächtig seinen Anweisungen. Als der Staatsanwalt aber geendet hatte, hörte er, wie am anderen Ende des Drahtes jemand einen Pfiff der Verwunderung ausstieß:

„Sind Sie es, Gambichler?“ fragte Seiden.

„Ja wohl!“ bekannte Gambichler. „Das ist aber eine Enttäuschung, die wir erleben.“

„Enttäuschung?“ fragte Seiden erstaunt. „Ich dachte, Sie und Ihr Freund Doktor Carsten hätten nie so richtig an die Schuld der Andersen geglaubt?“

„Diese Vera Reese macht Doktor Carsten einen Strich durch die Rechnung“, sagte Gambichler. Er hatte von seinem Meister Doktor Carsten jedenfalls das eine gelernt, dunkle Andeutungen zu machen.

„Inwiefern macht sie ihm einen Strich durch die Rechnung?“ fragte Seiden.

„Weil wir von der Schuld des Lamont auch nicht so ganz überzeugt waren“, bekannte nun Gambichler.

„Ich bekenne offen“, wandte sich Seiden an Ikenbell, „so ganz bin ich auch jetzt noch nicht von der Schuld Lamont überzeugt. Wenn Sie ihn persönlich kennen würden — er ist mir ja als Strafanstaltsdirektor unterstellt — würden Sie es ihm nicht zutrauen. Aber verlassen Sie sich

darauf: Ich werde der Sache nachgehen. Ich werde ihn noch heute vernehmen.“

Und um seiner Zustimmung Nachdruck zu verleihen, schlüpfte er in den Mantel und griff zum Güte.

Sechstes Kapitel.

An Frauen erlebt man seine Überraschungen.

Als Seiden kurz nach sechs Uhr die Treppe zu Lamonts Wohnung hinaufstieg, hatte er den Haßbesehl gegen Lamont im wörtlichen und in übertragenem Sinne in der Tasche. So schwer es ihn ankam, an Lamonts Schuld zu glauben, so entschlossen war er, ihn zu verhaften, wenn er sich nicht rechtfertigen konnte.

Unmittelbar hinter sich hörte er Schritte auf der Treppe und sah sich um. Hinter ihm stand die junge Dame, die ihn heute morgen im Gerichtssaal so seltsam gemustert hatte. Sie grüßte ihn unbefangen und reichte ihm die Hand:

„Sie wollen gewiß meinen Bruder besuchen, Herr Staatsanwalt?“

Jetzt wunderte er sich, daß er sie am Morgen nicht erkannt hatte. Die Ähnlichkeit mit ihrem Bruder war offensichtlich: dasselbe lange schmale Gesicht mit den verhaltenen Augen und den langen Wimpern. Als sie sagte: „Mein Bruder wird gewiß zu Hause sein. Bitte, kommen Sie nur mit“, fand er, daß ihre Stimme sogar ähnlich wie die ihres Bruders klang, und erinnerte sich der merkwürdigen Worte Doktor Carstens, daß die Hannoveraner das reinste Deutsch sprächen.

Sie schloß die Korridortür auf und bat Seiden einzutreten. Er sah, daß sie an ihrem Arm eine Einkaufstasche hängen hatte. Offenbar hatte sie Besorgungen für den Haushalt gemacht. Jemandwo hatte er ja schon gehört, daß Lamont Junggeselle war und gemeinsamen Haushalt mit seiner Schwester führte.

„Ich will sehen, wo er steckt“, sagte sie lächelnd. „Bitte, gebn Sie sich einen Augenblick“, bat sie, als sie ihn ins Empfangszimmer geführt hatte. (Fortf. folgt.)

Ein Stein als Chamäleon.

— In einer Versammlung des „Verbandes zur Förderung kultureller Bestrebungen“ in Liverpool führte Dr. Holub aus Prag einen Stein vor, der mit dem wechselnden Licht seine Farbe ändert. Der wie ein Diamant geschliffene Stein zeigte sich beim Licht der elektrischen Lampen orangefarbig, bei Sonnenlicht wurde er schwarz, behielt aber seine Durchsichtigkeit, und wenn er erwärmt wurde, nahm er die rote Farbe an. Wie Dr. Holub erklärte, hat er ihn von einem Minenarbeiter, der in einer Rubinenmine in Zentralaustralien arbeitete, zum Geschenk erhalten. Der Stein kann indessen nicht als Schmuckstück verwendet werden, da er an der Stelle, wo er die Haut berührt eine Entzündung hervorruft, die sich in einem roten Fleck äußert. Man nimmt an, daß der Stein Strahlen ausstrahlt, die man noch nicht kennt.

Eisenbahnzüge mit „Unterhaltungswagen“.

— Bis vor kurzem waren die Reisenden der amerikanischen Bahnen darauf angewiesen, sich die Langeweile der Fahrt durch Kartenspiele zu vertreiben. Um in dieses Einerlei etwas Abwechslung zu bringen, hatte die Verwaltung der Eisenbahnen des Staates Chicago vor einiger Zeit einen in ein Kinn umgewandelten Wagen in die Züge eingestrichelt, um den Reisenden Filmvorführungen darzubieten. Jetzt ist die Verwaltung auf diesem Weg noch einen Schritt weitergegangen, um auch den jungen Leuten, die nicht stillsitzen können, das gewohnte Tanzvergnügen auf der Fahrt zu verschaffen. Diesem Zweck dienen die in die Züge eingestellten „Unterhaltungswagen“, in denen die tanzlustigen Reisenden ihre Zeit durch Schwingen des Tanzbeins verbringen können. Die Wagen zeigen den Pullmantyp; nur ist alles Entbehrliche entfernt und die Inneneinrichtung zu einem Ballsaal gestaltet, der den höchsten Anforderungen der Mode entspricht. Die Wände bestehen aus breiten Glasfenstern; Stühle und Tische sind aus gebogenem Holz so konstruiert, daß sie in einem Augenblick zusammengeklappt und in den Winkel geschoben werden können, wo sie den geringsten Platz einnehmen, so daß der ganze Raum für den Tanz frei wird. Grammophone und Radio besorgen die Tanzmusik. Die Neuerungen haben einen großen Erfolg zu verzeichnen. Die „Unterhaltungswagen“ sind der Sammelplatz der jungen Leute im Zug, die tanzend den Weg von einem Punkt zum anderen des Bundesgebietes der Union zurücklegen, und denen dabei die Zeit im Flug vergeht.

Eine Berufsstatistik der Geschiedenen in England.

— In England hat man eine Statistik darüber angestellt, in welchen Berufen sich die meisten Ehescheidungen ereignen. Die „Scheidungsquelle“ soll sich in ihrer Zusammensetzung erheblich geändert haben. Für manche Berufskreise bedeutete zuvor immerhin eine Scheidung ein beträchtliches Hindernis im gesellschaftlichen Leben, besonders für Offiziere und Staatsbeamte; jetzt, nachdem man es unterläßt, in der Presse über Ehescheidungsprozesse zu berichten, zeigt sich, daß

gerade Offiziere und Staatsbeamte an der Spitze der Liste stehen mit einem Anteil von 22 Prozent (es folgen Künstler mit 18 Prozent, Rentner mit 16 Prozent, Reisende und Handelsvertreter mit 14, Unterstützungsbezieher mit 12, Kaufleute mit 10, Anwälte mit 8, Ärzte mit 2, verschiedene Berufe mit 2 und Weisliche mit 1 Prozent). — Diese Aufstellung bezieht sich auf die letzten Monate, in denen sich die Unterdrückung der Zeitungsberichte schon ausgewirkt haben dürfte.

Nahrung, gut und billig.

Von Oberregierungsrat Prof. Dr. Rost-Verein.

Der Geldwert unserer Nahrungsmittel läßt durchaus nicht immer einen Rückschluß auf ihren inneren Wert zu. Was unsere Nahrungsmittel für uns in Wirklichkeit sind, das lehrt uns die Ernährungswissenschaft. Nicht ein Sparen im Sinne des Einkaufens zum niedrigsten Preis ist das Gebot der Stunde, sondern Wirtschaftlichkeit. Zum ABC der Hausfrau sollte u. a. folgendes gehören: Jedes Land stützt sich bei der Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln zunächst auf seine eigenen Erzeugnisse. Für Deutschland kommt als Ernährung der gesamten Bevölkerung eine gemischte, vorwiegend pflanzliche Lebensmittel, aber auch solche tierischen Ursprungs berücksichtigende Ernährung in Frage. Die Hausfrau wird zweckmäßig diejenigen Lebensmittel bevorzugen, die in den betreffenden Jahreszeiten besonders reichlich auf den Markt kommen und deshalb verhältnismäßig wohlfeil sind. In genügender Menge verfügbare deutsche Erzeugnisse sind Roggen, Kartoffeln, Zucker, daneben Gemüse und Obst. Brot ist das Rückgrat unserer Ernährung. Roggenbrot ist billiger als Kleingebäck aus Weizen. Mit Brot führen wir uns Kohlenhydrate (Stärke, Zucker) als Energiegebender und Eiweißstoffe zu. Deshalb mehr Roggenbrot und weniger Weizengebäck! Die Kartoffel hat eine steigende Wertschätzung gefunden. Im wesentlichen zwar nur ein Spender von Kohlenhydraten, ist die Kartoffel auch ein Lieferant von Eiweiß und von Vitaminen. Auch der Zucker steht uns zu niedrigen Preisen zur Verfügung. Tierische Lebensmittel stehen höher im Preise als pflanzliche, dafür ist aber das Eiweiß, besonders das des Fleisches, hochwertig für die Ernährung. Die Milch enthält ebenfalls hochwertige Eiweißstoffe, Vitamin enthaltendes Fett und Mineralstoffe. Ähnliches gilt für Käse. Das Ei ist ein ausgezeichnetes Mittel, Mischgezeiten schmackhaft und die Ernährung mit vollwertig zu machen. Auch Fisch, insbesondere Seefisch, ist ein Lebensmittel von hohem inneren Wert. Frische Gemüse und Salate sollten weitgehend berücksichtigt werden. Bei einer nach vorstehenden Grundsätzen zusammengestellten Kost enthält die Nahrung ausreichende Mengen von Nährstoffen. Des ausländischen Obstes in den Mengen, wie es genossen wird, bedarf es keineswegs. So baut sich also die Wirtschaftlichkeit in der Ernährung ganz wesentlich auf der Erkenntnis des inneren Wertes dessen auf, was wir täglich essen und trinken. Jeder kann dazu beitragen, daß seine Ernährung sich nicht nur sachgemäß gestaltet, sondern mehr und mehr wirtschaftlich wird und dabei — so weit wie irgend möglich — bodenständig bleibt, zum allgemeinen Nutzen, aber auch ganz besonders zu seinem eigenen wirtschaftlichen Vorteil.

Mainz. (Die strafrechtliche Verantwortlichkeit des Fahrlehrers.) Die hiesige Strafkammer schätzte sich als Berufungsinstanz mit einem Fall, der die Lehrer an Fahrschulen von Wichtigkeit ist. Der Besitzer einer solchen Fahrschule hatte während einer Schulfahrt ein Fahrschüler die Steuerung des Kraftwagens überlassen. Der Schüler besaß keinen Führerschein. Es kam zu einem Zusammenstoß mit einem Radfahrer, und als dessen Folge zu einer Verurteilung des Fahrlehrers wegen fahrlässiger Körperverletzung zu einer Geldstrafe. Der Fahrschüler wurde ebenfalls verurteilt. Dieses Urteil erster Instanz wurde von der Strafkammer auf die Berufung des Fahrlehrers bestätigt. Das Gericht führte aus, daß der Fahrlehrer, der die Steuerung eines Kraftwagens einem Fahrschüler überläßt, für Unfälle strafrechtlich verantwortlich sei, und zwar in höherem Maße als der Fahrer.

Mainz. (Wein aus Wasser.) Vor einiger Zeit hatte ein Weinhändler aus Frankfurt Selbstmord verübt, als bekannt geworden war, daß er von dem schon wegen Vergehens gegen das Weingesetz vorbestraften Winzer Christian von Hönheim Waren bezogen hatte. Christ wurde jetzt wegen des verbotenen Bezugs und Weitergabe der zur Herstellung und Behandlung von Weinen benutzten Chemikalien zu zwei Monaten Gefängnis und 500 Mark Geldstrafe verurteilt.

Worms. (Aufhebung der Wormser Gemäldegalerie.) Viele Jahre erfreute sich die Stadt Worms einer Gemäldegalerie. 81 Ausstellungen sind durch die Räume an der Moltke-Anlage gewandert. Zurzeit läuft die letzte dieser Ausstellungen als eine Darbietung der Wormser Künstlergruppe. Der Beschluß des Stadtrats hat die Galerie ab 1. Dezember aufgehoben. Sie wird zu Wohnungen umgebaut. Der Gemäldebesitz der Stadt Worms hat eine provisorische Unterkunft im Hengstshof gefunden. Nicht nur die von der Auflösung schwer getroffene Wormser Künstlergesellschaft, auch die auswärtigen Maler und Bildhauer bedauern die Maßnahme, da sie ihnen eine gute Ausstellungsmöglichkeit raubt.

Vörsch. (Ein Radfahrer über den Haufen gerannt.) Ein junger Mann von hier, der sein Rad durch ein weiches Gitter bei sich hatte, wurde von einem jungen Kaufmann aus Worms von hinten mit dem Motorrad angefahren. Beide kamen zu Fall. Während der Radfahrer leichte Verletzungen davon trug, erlitt der Motorradfahrer schwere Kopfverletzungen. Er wurde von einem von Worms kommenden Darmstädter Lastauto in das Rathaus nach Vörsch gebracht, wo ihm erste Hilfe zuteil ward. Auf der Fahrt wäre das Lastauto beinahe auch noch verunglückt. Der rasche Fahrt kam ein Bauernfuhrer an. Das Lastauto stoppte gerade noch rechtzeitig, während das Fuhrwerk in großer Wucht gegen das katholische Vereinshaus rannte. Personen wurden nicht verletzt.

Zeil i. D. (Feuer.) In der Nacht gegen 3 Uhr wurden die Bewohner unseres Dorfes durch den Schrei des Feueralarms aus dem Schlaf geschreckt. Die Scheuer des Anwesens Schlander (in der Nähe der Gastwirtschaft Rast) stand in hellen Flammen. Der Freiwilligen Feuerwehr gelang es, die rasch zur Stelle war, gelang es, dem wütenden Element die rasch zu gebieten. Sodas nur die Scheuer ein Opfer der Flammen wurde.

Leiden Sie an Verdauungsstörungen dann essen Sie nur **Schäfer Vollkornbrot**

Bäckerei Weill, Audenstraße

„ Springer, Saalburgstraße

„ Reiling, Schmittgasse

„ Dreßler, Thomasstraße

„ ABU, Luisenstraße

Feinkosthandlung Altmann, Elisabethenstraße

„ Gustav Fischbach, Luisenstraße 5

Alleiniger Hersteller: Bäckerei Chr. Tag, Obergasse 20.

Telefon 2738

Wilhelm Schweighofer

Feine Mass-Schneiderei

Bad Homburg v. d. H., Rathausstr. 1

PH. GRIESS

Luisenstraße 41.

Telefon 2452. Gegr. 1903

Spezialhaus für Neller- und Bürstenwaren

Holz- u. Korbwaren

Toilette-Artikel

Sport-Mützen

H. Rupp, Luisenstr. 64

Jacob Nehren vorm. Carl Kesselschläger Jr.

Telefon 2187

Luisenstr. 84 1/2

Colonialwaren-Feinkost und Spirituosen

Nur Qualitätswaren zu mäßigen Preisen mit 5% Rabatt

Neu eingeführt: Freiverkäufliche Drogen.

J. KÜCHEL, Bad Homburg

Fernsprecher 2331

AM MARKT

Luisenstraße 21

Chemische Reinigung

Färberei

Kunststofferei

/ Betrieb am Platze / daher allerchnellste Bedienung.

Für Glas, Topf und Freiland

Snazinthen, Tulpen, Crocus, Narzissen, Tarzetten, Schneeglöckchen

Für die Obstbäume: Raupenleim, (Süß) u. Alerlinge, Fig. Vertig, empfiehlt Gamenhandlung L. Reig, Altest. Spezialgeschäft.

Sonder-Angebot

Füchse 25.-, 30.-, 60.-, 120.-

B. Denfeld Putz- und Mode-Waren Bad Homburg Luisenstr. 94

Ausführungen

Elektr. Licht, Kraft, Radloanlagen jeder Größe werden sauber und billigt ausgeführt. Techn. Beratungen und Voranschläge bereitwilligst. Lieferungen von sämtl. elektr. Geräten, Beleuchtungskörpern usw. Reparaturen.

Otto Kratz, Elektro-Meister, Luisenstr. 96
Telefon 2104.

Wir drucken:

Glückwunsch-, Verlobungs-, Reklame- und Visitenkarten
Geschäfts- u. Vereinsdruckfachen
Briefbogen
Briefumschläge
Rechnungen
Einladungen
Programme
Plakate
Postkarten
Eintrittskarten
Festschriften

und liefern preiswert
Homburger

Neueste Nachrichten

Homburger Vollkornbrot

allein erhältlich bei

Bäckerei Schäfer

Neue Mauerstr. 1, Tel. 2293

und der Firma Menges & Mulder.